

Allgemeine Lieferbedingungen des Fachverbandes der Maschinen- und Stahlbauindustrie Österreichs vom 1. Jänner 2002

Diese Allgemeinen Lieferbedingungen sind grundsätzlich für Rechtsgeschäfte zwischen Unternehmen konzipiert. Sollten sie ausnahmsweise auch Rechtsgeschäften mit Verbrauchern im Sinne § 1 Abs. 1 Zif. 2 des Konsumentenschutzgesetzes, BGBl. 49. Stück/1979 zugrunde gelegt werden, gelten sie nur insoweit, als sie nicht den Bestimmungen des ersten Hauptstückes dieses Gesetzes widersprechen.

Das Übereinkommen der Vereinten Nationen über Verträge über den internationalen Warenkauf vom 11. 4. 1980, BGBl. 1988/96, wird ausdrücklich ausgeschlossen.

General Terms of Delivery

of the Austrian Association for the Machine-Building and Steel Construction Industry of 01 January 2002

The present General Terms of Delivery have primarily been drafted for legal transactions between companies. If, in exceptional cases, they are used as a basis for legal transactions with consumers, as defined in § 1, paragraph 1, item 2 of the Consumer Protection Act, Federal Law Gazette No. 49/1979, they shall only apply to the extent that they do not conflict with the provisions of the first main section of the aforementioned law. It is mutually agreed that the UN Convention on Contracts for the International Sale of Goods (CISG) of 11 April 1980, Federal Law Gazette No. 1988/96, is expressly excluded.

1. Präambel

1.1 Diese Allgemeinen Lieferbedingungen gelten, soweit nicht die Vertragsparteien ausdrücklich und schriftlich Abweichendes vereinbart haben.

1.2 Die nachfolgenden Bestimmungen über Lieferung von Waren gelten sinngemäß auch für Leistungen.

1.3 Montagearbeiten gelten ergänzend die Montagebedingungen des Fachverbandes der Maschinen- und Stahlbauindustrie Österreichs.

2. Vertragsschluss

2.1 Der Vertrag gilt als geschlossen, wenn der Verkäufer nach Erhalt der Bestellung eine schriftliche Auftragsbestätigung abgesandt hat und dieser nicht binnen 10 Tagen vom Käufer nachweislich widersprochen wird.

2.2 Änderungen und Ergänzungen des Vertrages bedürfen zu ihrer Gültigkeit der schriftlichen Bestätigung des Verkäufers. Einkaufsbedingungen des Käufers sind für den Verkäufer nur dann verbindlich, wenn diese vom Verkäufer gesondert anerkannt werden.

2.3 Falls Import- und/oder Exportlizenzen oder Devisengenehmigungen oder ähnliche Genehmigungen für die Ausführung des Vertrages erforderlich sind, so muss die Partei, die für die Beschaffung verantwortlich ist, alle zumutbaren Anstrengungen unternehmen, die erforderlichen Lizenzen oder Genehmigungen rechtzeitig zu erhalten.

3. Pläne und Unterlagen

3.1 Die in Katalogen, Prospekten, Rundschreiben, Anzeigen, Abbildungen und Preislisten etc. enthaltenen Angaben über Gewicht, Maß, Fassungsvermögen, Preis, Leistung u. dgl. sind nur maßgeblich, wenn im Angebot und/oder der Auftragsbestätigung ausdrücklich auf sie Bezug genommen ist.

3.2 Pläne, Skizzen, Kostenvoranschläge und sonstige technische Unterlagen, welche auch Teil des Angebotes sein können, bleiben ebenso wie Muster, Kataloge, Prospekte, Abbildungen u. dgl. stets geistiges Eigentum des Verkäufers. Jede Verwertung, Vervielfältigung, Reproduktion, Verbreitung und Aushändigung an Dritte, Veröffentlichung und Vorführung darf nur mit ausdrücklicher Zustimmung des Eigentümers erfolgen.

4. Verpackung

4.1 Mangels abweichender Vereinbarung

- a) verstehen sich die angegebenen Preise ohne Verpackung;
- b) erfolgt die Verpackung in handelsüblicher Weise, um unter normalen Transportbedingungen Beschädigungen der Ware auf dem Weg zu dem festgelegten Bestimmungsort zu vermeiden, auf Kosten des Käufers und wird nur über Vereinbarung zurückgenommen.

5. Gefahrenübergang

5.1 Wenn nichts anderes vereinbart ist, gilt die Ware "ab Werk" (EXW) verkauft (Abholbereitschaft).

5.2 Im Übrigen gelten die INCOTERMS in der am Tage des Vertragsabschlusses gültigen Fassung.

6. Lieferfrist

6.1 Mangels abweichender Vereinbarung beginnt die Lieferfrist mit dem spätesten der nachstehenden Zeitpunkte:

- a) Datum der Auftragsbestätigung;
- b) Datum der Erfüllung aller dem Käufer nach Vereinbarung obliegenden technischen, kaufmännischen und finanziellen Voraussetzungen;
- c) Datum, an dem der Verkäufer eine vor Lieferung der Ware zu leistender Anzahlung erhält und/oder eine zu erstellende oder sonstige Zahlungssicherstellung eröffnet ist.

6.2 Der Verkäufer ist berechtigt, Teil- und Vorlieferungen durchzuführen.

6.3 Verzögert sich die Lieferung durch einen aufseiten des Verkäufers eingetretenen Umstand, der einen Entlastungsgrund im Sinne des Art.

14 darstellt, so wird eine angemessene Verlängerung der Lieferfrist gewährt.

6.4 Hat der Verkäufer einen Lieferverzug verschuldet, so kann der Käufer entweder Erfüllung verlangen oder unter Setzung einer angemessenen Nachfrist den Rücktritt vom Vertrag erklären.

6.5 Wurde die in Art. 6.4 vorgesehene Nachfrist durch Verschulden des Verkäufers nicht genützt, so kann der Käufer durch eine schriftliche Mitteilung vom Vertrag hinsichtlich aller noch nicht

gelieferten Waren zurücktreten. Dasselbe gilt für bereits gelieferte Waren, die aber ohne die noch ausstehenden Waren nicht in angemessener Weise verwendet werden können. Der Käufer hat in diesem Falle das Recht auf Erstattung der für die nicht gelieferten Waren oder für die nicht verwendbaren Waren geleisteten Zahlungen. Darüber hinaus steht dem Käufer, sofern der Lieferverzug durch grobe Fahrlässigkeit des Verkäufers verursacht wurde, auch Ersatz der gerechtfertigten Aufwendungen zu, welche er bis zur Auflösung des Vertrages machen musste, und die nicht weiterverwendet werden können. Bereits gelieferte und nicht verwendbare Waren hat der Käufer dem Verkäufer zurückzustellen.

6.6 Nimmt der Käufer die vertragsgemäß bereitgestellte Ware nicht am vertraglich vereinbarten Ort oder zum vertraglich vereinbarten Zeitpunkt an und ist die Verzögerung nicht durch eine Handlung oder Unterlassung des Verkäufers verschuldet, so kann der Käufer entweder Erfüllung verlangen oder unter Setzung einer Nachfrist vom Vertrag zurücktreten. Wenn die Ware ausgesondert worden ist, kann der Verkäufer die Einlagerung der Ware auf Kosten und Gefahr des Käufers vornehmen. Der Verkäufer hat außerdem einen Anspruch auf Rückerstattung aller gerechtfertigten Aufwendungen, die er für die Durchführung des Vertrages machen musste und die nicht in den empfangenen Zahlungen enthalten sind.

6.7 Andere als die in Art. 6 genannten Ansprüche des Käufers gegen den Verkäufer auf Grund dessen Verzuges sind ausgeschlossen.

7. Abnahmeprüfung

7.1 Sofern der Käufer eine Abnahmeprüfung wünscht, ist diese mit dem Verkäufer ausdrücklich bei Vertragsabschluss in schriftlicher Form zu vereinbaren. Soweit keine abweichenden Regelungen getroffen werden, ist dabei die Abnahmeprüfung am Herstellungs-ort bzw. an einem vom Verkäufer zu bestimmendem Ort während der normalen Arbeitszeit des Verkäufers durchzuführen. Dabei ist die für die Abnahmeprüfung allgemeine Praxis des betreffenden Industriezweiges maßgeblich. Der Verkäufer muss den Käufer rechtzeitig von der Abnahmeprüfung verständigen, so dass dieser bei der Prüfung anwesend sein bzw. sich von einem bevollmächtigten Vertreter vertreten lassen kann. Erweist sich der Liefergegenstand bei der Abnahmeprüfung als vertragswidrig, so hat der Verkäufer unverzüglich jeglichen Mangel zu beheben und den vertragsgemäßen Zustand des Liefergegenstandes herzustellen. Der Käufer kann eine Wiederholung der Prüfung nur in Fällen wesentlicher

Mängel verlangen. Im Anschluss an eine Abnahmeprüfung ist ein Abnahmeprotokoll zu verfassen. Hat die Abnahmeprüfung die vertragskonforme Ausführung und einwandfreie Funktionstüchtigkeit des Liefergegenstandes ergeben, so ist dies auf jeden Fall von beiden Vertragsparteien zu bestätigen. Ist der Käufer oder sein bevollmächtigter Vertreter bei der Abnahmeprüfung trotz zeitweiliger Verständigung durch den Verkäufer nicht anwesend, so ist das Abnahmeprotokoll nur durch den Verkäufer zu unterzeichnen. Der Verkäufer hat dem Käufer in jedem Fall eine Kopie des Abnahmeprotokolls zu übermitteln, dessen Richtigkeit der Käufer auch dann nicht mehr bestreiten kann, wenn er oder sein bevollmächtigter Vertreter dieses mangels Anwesenheit nicht unterzeichnen konnte. Wenn nichts anderes vereinbart wurde, trägt der Verkäufer die Kosten für die durchgeführte Abnahmeprüfung. Der Käufer hat aber jedenfalls die ihm bzw. seinem bevollmächtigten Vertreter in Verbindung mit der Abnahmeprüfung anfallenden Kosten wie z.B. Reise-, Lebenshaltungskosten und Aufwandsentschädigungen selbst zu tragen.

8. Preis

8.1 Die Preise gelten, wenn nicht anders vereinbart, ab Werk des Verkäufers ohne Verladung.

8.2 Die Preise basieren auf den Kosten zum Zeitpunkt der Preisabgaben, sofern nichts anderes vereinbart wurde. Sollten sich die Kosten bis zum Zeitpunkt der Lieferung verändern, so gehen diese Veränderungen zu Gunsten bzw. zu Lasten des Käufers.

9. Zahlung

9.1 Die Zahlungen sind entsprechend den vereinbarten Zahlungsbedingungen zu leisten. Sofern keine Zahlungsbedingungen vereinbart wurden, ist ein Drittel des Preises bei Erhalt der Auftragsbestätigung, ein Drittel bei halber Lieferzeit und der Rest bei

Allgemeine Lieferbedingungen des Fachverbandes der Maschinen- und Stahlbauindustrie Österreichs vom 1. Jänner 2002

Diese Allgemeinen Lieferbedingungen sind grundsätzlich für Rechtsgeschäfte zwischen Unternehmen konzipiert. Sollten sie ausnahmsweise auch Rechtsgeschäften mit Verbrauchern im Sinne § 1 Abs. 1 Zif. 2 des Konsumentenschutzgesetzes, BGBl. 49. Stück/1979 zugrunde gelegt werden, gelten sie nur insoweit, als sie nicht den Bestimmungen des ersten Hauptstückes dieses Gesetzes widersprechen.

Das Übereinkommen der Vereinten Nationen über Verträge über den internationalen Warenkauf vom 11. 4. 1980, BGBl. 1988/96, wird ausdrücklich ausgeschlossen.

General Terms of Delivery

of the Austrian Association for the Machine-Building and Steel Construction Industry of 01 January 2002

The present General Terms of Delivery have primarily been drafted for legal transactions between companies. If, in exceptional cases, they are used as a basis for legal transactions with consumers, as defined in § 1, paragraph 1, item 2 of the Consumer Protection Act, Federal Law Gazette No. 49/1979, they shall only apply to the extent that they do not conflict with the provisions of the first main section of the aforementioned law. It is mutually agreed that the UN Convention on Contracts for the International Sale of Goods (CISG) of 11 April 1980, Federal Law Gazette No. 1988/96, is expressly excluded.

Lieferung fällig. Unabhängig davon ist die in der Rechnung enthaltene Umsatzsteuer in jedem Fall bis spätestens 30 Tage nach Rechnungslegung zu bezahlen.

9.2 Der Käufer ist nicht berechtigt, Zahlungen wegen Gewährleistungsansprüchen oder sonstigen vom Verkäufer nicht anerkannten Gegenansprüchen zurückzuhalten.

9.3 Ist der Käufer mit einer vereinbarten Zahlung oder sonstigen Leistung im Verzug, so kann der Verkäufer entweder auf Erfüllung des Vertrages bestehen und

a) die Erfüllung seiner eigenen Verpflichtungen bis zur Begleichung der rückständigen Zahlungen oder sonstigen Leistungen aufschieben,

b) eine angemessene Verlängerung der Lieferfrist in Anspruch nehmen,

c) den ganzen noch offenen Kaufpreis fällig stellen,

d) sofern aufseiten des Käufers kein Entlastungsgrund im Sinne des Art. 14 vorliegt, ab Fälligkeit Verzugszinsen in der Höhe von 7,5 % über dem jeweiligen Basiszinssatz der Europäischen Zentralbank (siehe RL/EG zur Bekämpfung von Zahlungsverzug im Geschäftsverkehr, vom 29. Juni 2000) verrechnen, oder unter Einräumung einer angemessenen Nachfrist den Rücktritt vom Vertrag erklären.

9.4 Der Käufer hat jedenfalls dem Verkäufer als weiteren Verzugschaden die entstandenen Mahn- und Betreuungskosten zu ersetzen.

9.5 Hat bei Ablauf der Nachfrist gemäß 9.3 der Käufer die geschuldete Zahlung oder sonstige Leistung nicht erbracht, so kann der Verkäufer durch schriftliche Mitteilung vom Vertrag zurücktreten. Der Käufer hat über Aufforderung des Verkäufers bereits gelieferte Waren dem Verkäufer zurückzustellen und ihm Ersatz für die eingetretene Wertminderung der Ware zu leisten sowie alle gerechtfertigten Aufwendungen zu erstatten, die der Verkäufer für die Durchführung des Vertrages machen musste. Hinsichtlich noch nicht gelieferter Waren ist der Verkäufer berechtigt, die fertigen bzw. angearbeiteten Teile dem Käufer zur Verfügung zu stellen und hierfür den entsprechenden Anteil des Verkaufspreises zu verlangen.

9.6 Die Vertragsparteien sind sich darüber einig, dass die in dem Vertrag geregelten Rechte und Pflichten durch die Einführung des Euro nicht beeinflusst werden. Zahlungspflichten, insbesondere die festgelegten Geldwerte, gelten als in Euro vereinbart, sobald der Euro einzig zulässiges Zahlungsmittel ist. Die Umrechnung erfolgt in allen Fällen auf Grundlage des amtlich festgelegten Umrechnungskurses. Es besteht Einvernehmen darüber, dass die Umstellung auf Euro weder ein Kündigungs-/Rücktritts- oder Anfechtungsrecht noch einen Anspruch auf Schadenersatz oder Vertragsänderung begründet.

10. Eigentumsvorbehalt

10.1 Bis zur vollständigen Erfüllung aller finanziellen Verpflichtungen des Käufers behält sich der Verkäufer das Eigentumsrecht am Kaufgegenstand vor. Der Verkäufer ist berechtigt, am Liefergegenstand sein Eigentum äußerlich kenntlich zu machen. Der Käufer hat den erforderlichen Formvorschriften zur Wahrung des Eigentumsvorbehaltes nachzukommen. Bei Pfändung oder sonstiger Inanspruchnahme ist der Käufer gehalten, das Eigentumsrecht des Verkäufers geltend zu machen und diesen unverzüglich zu verdingen.

11. Gewährleistung

11.1 Der Verkäufer ist verpflichtet, nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen jeden die Gebrauchsfähigkeit beeinträchtigenden Mangel zu beheben, der auf einem Fehler der Konstruktion, des Materials oder der Ausführung beruht. Ebenso hat der Verkäufer für Mängel an ausdrücklich bedungenen Eigenschaften einzustehen.

11.2 Diese Verpflichtung besteht nur für solche Mängel, die während eines Zeitraumes von einem Jahr bei einschichtigem Betrieb ab dem Zeitpunkt des Gefahrenüberganges bzw. bei Lieferung mit Aufstellung ab Beendigung der Montage aufgetreten sind.

11.3 Der Käufer kann sich auf diesen Artikel nur berufen, wenn er dem Verkäufer unverzüglich schriftlich die aufgetretenen Mängel bekannt gibt. Die Vermutungsregel des § 924 ABGB wird ausgeschlossen. Der auf diese Weise unterrichtete Verkäufer muss,

wenn die Mängel nach den Bestimmungen dieses Artikels vom Verkäufer zu beheben sind, nach seiner Wahl:

- a) die mangelhafte Ware an Ort und Stelle nachbessern;
- b) sich die mangelhafte Ware oder die mangelhaften Teile zwecks Nachbesserung zurücksenden lassen;
- c) die mangelhaften Teile ersetzen;
- d) die mangelhafte Ware ersetzen.

11.4 Lässt sich der Verkäufer die mangelhaften Waren oder Teile zwecks Nachbesserung oder Ersatz zurücksenden, so übernimmt der Käufer, falls nicht anderes vereinbart wird, Kosten und Gefahr des Transportes. Die Rücksendung der nachgebesserten oder ersetzten Waren oder Teile an den Käufer erfolgt, falls nicht anderes vereinbart wird, auf Kosten und Gefahr des Verkäufers.

11.5 Die gemäß diesem Artikel ersetzten mangelhaften Waren oder Teile stehen dem Verkäufer zur Verfügung.

11.6 Für die Kosten einer durch den Käufer selbst vorgenommenen Mängelbehebung hat der Verkäufer nur dann aufzukommen, wenn er hierzu seine schriftliche Zustimmung gegeben hat.

11.7 Die Gewährleistungspflicht des Verkäufers gilt nur für die Mängel, die unter Einhaltung der vorgesehenen Betriebsbedingungen und bei normalem Gebrauch auftreten. Sie gilt insbesondere nicht für Mängel, die beruhen auf: schlechter Aufstellung durch den Käufer oder dessen Beauftragten, schlechter Instandhaltung, schlechten oder ohne schriftlicher Zustimmung des Verkäufers ausgeführten Reparaturen oder Änderungen durch eine andere Person als den Verkäufer oder dessen Beauftragten, normaler Abnutzung.

11.8 Für diejenigen Teile der Ware, die der Verkäufer von dem vom Käufer vorgeschriebenen Unterlieferanten bezogen hat, haftet der Verkäufer nur im Rahmen der ihm selbst gegen den Unterlieferanten zustehenden Gewährleistungsansprüche. Wird eine Ware vom Verkäufer auf Grund von Konstruktionsangaben, Zeichnungen oder Modellen des Käufers angefertigt, so erstreckt sich die Haftung des Verkäufers nicht auf die Richtigkeit der Konstruktion, sondern darauf, dass die Ausführung gemäß den Angaben des Käufers erfolgte. Der Käufer hat in diesen Fällen den Verkäufer bei allfälliger Verletzung von Schutzrechten schad- und klaglos zu halten. Bei Übernahme von Reparaturaufträgen oder bei Umbänderungen oder Umbauten alter sowie fremder Waren sowie bei Lieferung gebrauchter Waren übernimmt der Verkäufer keine Gewähr.

11.9 Ab Beginn der Gewährleistungsfrist übernimmt der Verkäufer keine weitergehende Haftung als in diesem Artikel bestimmt ist.

12. Haftung

12.1 Es gilt als ausdrücklich vereinbart, dass der Verkäufer dem Käufer keinen Schadenersatz zu leisten hat für Verletzungen von Personen, für Schäden an Gütern, die nicht Vertragsgegenstand sind, für sonstige Schäden und für Gewinnentgang, sofern sich nicht aus den Umständen des Einzelfalles ergibt, dass dem Verkäufer grobe Fahrlässigkeit zur Last fällt. Die Beweislastumkehr gemäß § 1298 ABGB wird ausgeschlossen.

12.2 Der Kaufgegenstand bietet nur jene Sicherheit, die auf Grund von Zulassungsvorschriften, Betriebsanleitungen, Vorschriften des Verkäufers über die Behandlung des Kaufgegenstandes – insbesondere im Hinblick auf allenfalls vorgeschriebene Überprüfungen und sonstigen gegebenen Hinweisen erwartet werden kann.

12.3 Bei leichter Fahrlässigkeit des Verkäufers wird, sofern nicht Artikel 12.1 Anwendung findet, der Schadenersatz auf 5 % der Auftragssumme, jedoch maximal 727.000 Euro, begrenzt.

12.4 Sämtliche Schadenersatzansprüche aus Mängeln an Lieferungen und/oder Leistungen müssen – sollte der Mangel durch den Verkäufer nicht ausdrücklich anerkannt werden – innerhalb eines Jahres nach Ablauf der vertraglich festgelegten Gewährleistungsfrist gerichtlich geltend gemacht werden, andernfalls die Ansprüche erlöschen.

13. Folgeschäden

13.1 Sind vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen in diesen Bedingungen ist die Haftung des Verkäufers gegenüber dem Käufer für Produktionsstillstand, entgangenen Gewinn, Nutzungsaußfall, Vertragseinbußen oder jeden anderen wirtschaftlichen oder indirekten Folgeschaden, ausgeschlossen.

14. Entlastungsgründe

Allgemeine Lieferbedingungen des Fachverbandes der Maschinen- und Stahlbauindustrie Österreichs vom 1. Jänner 2002

Diese Allgemeinen Lieferbedingungen sind grundsätzlich für Rechtsgeschäfte zwischen Unternehmen konzipiert. Sollten sie ausnahmsweise auch Rechtsgeschäften mit Verbrauchern im Sinne § 1 Abs. 1 Zif. 2 des Konsumentenschutzgesetzes, BGBl. 49. Stück/1979 zugrunde gelegt werden, gelten sie nur insoweit, als sie nicht den Bestimmungen des ersten Hauptstückes dieses Gesetzes widersprechen.

Das Übereinkommen der Vereinten Nationen über Verträge über den internationalen Warenkauf vom 11. 4. 1980, BGBl. 1988/96, wird ausdrücklich ausgeschlossen.

General Terms of Delivery

of the Austrian Association for the Machine-Building and Steel Construction Industry of 01 January 2002

The present General Terms of Delivery have primarily been drafted for legal transactions between companies. If, in exceptional cases, they are used as a basis for legal transactions with consumers, as defined in § 1, paragraph 1, item 2 of the Consumer Protection Act, Federal Law Gazette No. 49/1979, they shall only apply to the extent that they do not conflict with the provisions of the first main section of the aforementioned law. It is mutually agreed that the UN Convention on Contracts for the International Sale of Goods (CISG) of 11 April 1980, Federal Law Gazette No. 1988/96, is expressly excluded.

14.1 Die Parteien sind von der termingerechten Vertragserfüllung ganz oder teilweise befreit, wenn sie daran durch Ereignisse Höherer Gewalt gehindert werden. Als Ereignisse Höherer Gewalt gelten ausschließlich Ereignisse, die für die Parteien unvorhersehbar und unabwendbar sind und nicht aus deren Sphäre kommen. Streik und Arbeitskampf ist aber als ein Ereignis Höherer Gewalt anzusehen. Der durch ein Ereignis Höherer Gewalt behinderte Käufer kann sich jedoch nur dann auf das Vorliegen Höherer Gewalt berufen, wenn er dem Verkäufer unverzüglich, jedoch spätestens innerhalb von 5 Kalendertagen, über Beginn und absehbares Ende der Behinderung eine eingeschriebene, von der jeweiligen Regierungsbehörde bzw. Handelskammer des Lieferlandes bestätigte Stellungnahme über die Ursache, die zu erwartende Auswirkung und Dauer der Verzögerung, übergibt. Die Parteien haben bei Höherer Gewalt alle Anstrengungen zur Beseitigung bzw. Minderung der Schwierigkeiten und absehbaren Schäden zu unternehmen und die Gegenpartei hierüber laufend zu unterrichten. Andernfalls werden sie der Gegenpartei gegenüber schadenersatzpflichtig. Termine oder Fristen, die durch das Einwirken der Höheren Gewalt nicht eingehalten werden können, werden maximal um die Dauer der Auswirkungen der Höheren Gewalt oder gegebenenfalls um einen im beiderseitigen Einvernehmen festzulegenden Zeitraum verlängert. Wenn ein Umstand Höherer Gewalt länger als vier Wochen andauert, werden Käufer und Verkäufer an den Verhandlungswegen eine Regelung der abwicklungstechnischen Auswirkungen suchen. Sollte dabei keine einvernehmliche Lösung erreicht werden, kann der Verkäufer ganz oder teilweise vom Vertrag zurücktreten.

15. Datenschutz

15.1 Der Verkäufer ist berechtigt, personenbezogene Daten des Käufers im Rahmen des Geschäftsverkehrs zu speichern, zu übermitteln, zu überarbeiten und zu löschen.

15.2 Die Parteien verpflichten sich zur absoluten Geheimhaltung des ihnen aus den Geschäftsbeziehungen zugegangenen Wissens gegenüber Dritten.

16. Gerichtsstand, anwendbares Recht, Erfüllungsort

16.1 Gerichtsstand für alle sich mittelbar oder unmittelbar aus dem Vertrag ergebenden Streitigkeiten ist das für den Sitz des Verkäufers örtlich zuständige österreichische Gericht. Der Verkäufer kann jedoch auch das für den Käufer zuständige Gericht anrufen.

16.2 Die Parteien können auch die Zuständigkeit eines Schiedsgerichtes vereinbaren.

16.3 Der Vertrag unterliegt österreichischem Recht unter Abschluss des Übereinkommens der Vereinten Nationen über Verträge über den internationalen Warenkauf vom 11. 4. 1980, BGBl. 1988/96.

16.4 Für Lieferung und Zahlung gilt als Erfüllungsort der Sitz des Verkäufers, auch dann, wenn die Übergabe vereinbarungsgemäß an einem anderen Ort erfolgt

Allgemeine Lieferbedingungen des Fachverbandes der Maschinen- und Stahlbauindustrie Österreichs vom 1. Jänner 2002

Diese Allgemeinen Lieferbedingungen sind grundsätzlich für Rechtsgeschäfte zwischen Unternehmen konzipiert. Sollten sie ausnahmsweise auch Rechtsgeschäften mit Verbrauchern im Sinne § 1 Abs. 1 Zif. 2 des Konsumentenschutzgesetzes, BGBl. 49. Stück/1979 zugrunde gelegt werden, gelten sie nur insoweit, als sie nicht den Bestimmungen des ersten Hauptstückes dieses Gesetzes widersprechen.

Das Übereinkommen der Vereinten Nationen über Verträge über den internationalen Warenkauf vom 11. 4. 1980, BGBl. 1988/96, wird ausdrücklich ausgeschlossen.

General Terms of Delivery

of the Austrian Association for the Machine-Building and Steel Construction Industry of 01 January 2002

The present General Terms of Delivery have primarily been drafted for legal transactions between companies. If, in exceptional cases, they are used as a basis for legal transactions with consumers, as defined in § 1, paragraph 1, item 2 of the Consumer Protection Act, Federal Law Gazette No. 49/1979, they shall only apply to the extent that they do not conflict with the provisions of the first main section of the aforementioned law. It is mutually agreed that the UN Convention on Contracts for the International Sale of Goods (CISG) of 11 April 1980, Federal Law Gazette No. 1988/96, is expressly excluded.

1. Introduction

1.1 Unless the contracting parties have expressly agreed otherwise in writing, the present General Terms of Delivery shall apply.

1.2 The below provisions on the delivery of goods shall also apply mutatis mutandis to performances.

1.3 The Terms of Assembly of the Austrian Association for the Machine- Building and Steel Construction Industry shall additionally apply to assembly projects.

2. Making of a Contract

2.1 A contract shall be deemed to have been made if Seller has sent a written order confirmation upon receipt of an order and if there is no evidence that Buyer has opposed it within ten days.

2.2 Seller shall confirm in writing any modifications of and amendments to a contract in order to make these valid. Seller shall be bound by Buyer's conditions of purchase only if Seller has accepted them separately.

2.3 In the event that import and/or export licences or foreign currency permits, or similar authorizations are required for the performance of a contract, the party responsible for obtaining such documents shall make every reasonable effort in order to obtain the necessary licences or permits in due time.

3. Drawings and Documents

3.1 The data on weights, measures, content, prices, performances, or alike, as contained in catalogues, brochures, circular letters, advertisements, pictures and price lists, etc. shall only be definitive if the cost estimate and/or order confirmation expressly refers to them.

3.2 Drawings, design drafts, cost estimates and other technical documents, which may also be part of the cost estimate, as well as samples, catalogues, brochures, pictures and alike shall always remain the intellectual property of Seller. Any use, copying, reproduction, dissemination and transfer to third parties, and any publication and presentation thereof may only be affected with the express approval of the owner.

4. Packaging

4.1 Unless other arrangements have been agreed upon

- a) the listed prices are without packaging;
- b) the goods are packaged according to normal trade practice in order to avoid, under normal transport conditions, any damage to the goods on the way to their agreed destination. The goods are packaged at Buyer's expense, and the packaging material will only be taken back if so, agreed by the parties.

5. Passage of Risk

5.1 Unless otherwise agreed, the goods shall be deemed to have been sold "ex works" (EXW) (ready for collection).

5.2 Furthermore, the INCOTERMS shall apply in the version valid on the date when a contract is signed.

6. Period of Delivery

6.1 In the absence of any other agreement, the period of delivery shall begin

at the latest of the following dates:

- a) the date of the order confirmation;
- b) the date on which Buyer has complied with all technical, commercial and financial preconditions for which Buyer is responsible under the contract;
- c) the date on which Seller has received a payment on account that is due prior to the delivery of the goods, and/or a payment guarantee has been issued or otherwise provided.

6.2 Seller shall have the right to make partial or advance deliveries.

6.3 If a delivery is delayed on account of a circumstance on Seller's part that constitutes a reason for relief according to Article 14, a reasonable extension of the period of delivery shall be granted.

6.4 If Seller has caused a delay in delivery, Buyer may either demand the performance of the contract or withdraw from the contract, granting a reasonable respite.

6.5 If the respite according to Article 6.4 is not used, due to Seller's negligence, Buyer may withdraw from the contract by means of a written notice, regarding all undelivered goods. The same shall apply to delivered goods which, however, cannot be used appropriately without the outstanding goods. In this event, Buyer shall have the right to be refunded any payments made for the undeliv-

ered goods or for the goods that cannot be used. Moreover, in the event that the delay in delivery is due to a gross negligence on Seller's part, Buyer shall be entitled to a refund of any justified expenses that Buyer has had to incur up to the dissolution of the contract and which cannot be used for any further purpose. Buyer shall return to Seller any delivered goods and the goods that cannot be used.

6.6 If Buyer does not accept the goods supplied under the contract in the contractually agreed place or at the contractually agreed time, and if the delay is not due to any action or omission on Seller's part, Seller may either demand the performance of the contract or withdraw from the contract, granting a respite. When the goods have been segregated, Seller may store the goods at Buyer's cost and risk. Seller shall also be entitled to claim a refund of any justified expenses that Seller had to incur in connection with performing the contract and that are not covered by the payments received.

6.7 Any other claims of Buyer against Seller for Seller's delay than those listed in Article 6 shall be precluded.

7. Acceptance Test

7.1 If Buyer wishes to have an acceptance test made, such a test shall be agreed expressly in writing with Seller when entering a contract. Unless otherwise agreed, the acceptance test shall be made at the place of manufacture, or at a place to be indicated by Seller respectively, during the normal working hours of Seller. In this connection, the general practice of the industry in question shall govern the acceptance test. Seller shall inform Buyer in due time of the acceptance test so that Buyer may be present during the test or may be represented by an authorized representative respectively. If the delivery item proves to be contrary to the contract during the acceptance test, Seller shall remedy any defect immediately and produce the contractual condition of the delivery item. Buyer may ask that the test be repeated only in cases of a major defect. An acceptance record shall be drawn up following the acceptance test. If the acceptance test has demonstrated that the delivery item has been manufactured according to contract and operates properly, the two contracting parties shall confirm this at any rate. If Buyer or Buyer's authorized representative is not present during the acceptance test, in spite of having been informed thereof in due time by Seller, only Seller shall sign the acceptance record. In any event, Seller shall send Buyer a copy of the acceptance record, the correctness of which Buyer may not contest, not even in those cases where Buyer or Buyer's authorized representative was unable to sign it for lack of attending the test. Unless otherwise agreed, Seller shall bear the costs for performing the acceptance test. Buyer shall, however, bear any costs incurred by Buyer or Buyer's representative in connection with the acceptance test, such as, for example, travel expenses, per diems or similar expenses.

8. Prices

8.1 Unless otherwise agreed, all prices shall be ex works of Seller, without loading.

8.2 The prices shall be based on the costs at the time of the quotation, unless otherwise agreed. In the event that costs change during the period until delivery, these changes shall be in favor, or at the expense of Buyer respectively.

9. Payment

9.1 The payments shall be made in keeping with the agreed conditions of payment. Unless specific conditions of payment have been agreed upon, one third of the price shall be due upon receipt of the order confirmation, one third after half of the delivery period has lapsed, and the rest upon delivery. Irrespective of the foregoing, the value-added tax included in the invoice shall be paid within 30 days after the invoice date, at the latest, in all events.

9.2 Buyer shall not have the right to withhold payments due to warranty claims or any other counter-claims that Seller has not accepted.

9.3 If Buyer defaults on one of the agreed payments or any other performance, Seller may either insist on the performance of the contract and

Allgemeine Lieferbedingungen des Fachverbandes der Maschinen- und Stahlbauindustrie Österreichs vom 1. Jänner 2002

Diese Allgemeinen Lieferbedingungen sind grundsätzlich für Rechtsgeschäfte zwischen Unternehmen konzipiert. Sollten sie ausnahmsweise auch Rechtsgeschäften mit Verbrauchern im Sinne § 1 Abs. 1 Zif. 2 des Konsumentenschutzgesetzes, BGBl. 49. Stück/1979 zugrunde gelegt werden, gelten sie nur insoweit, als sie nicht den Bestimmungen des ersten Hauptstückes dieses Gesetzes widersprechen.

Das Übereinkommen der Vereinten Nationen über Verträge über den internationalen Warenkauf vom 11. 4. 1980, BGBl. 1988/96, wird ausdrücklich ausgeschlossen.

General Terms of Delivery

of the Austrian Association for the Machine-Building and Steel Construction Industry of 01 January 2002

The present General Terms of Delivery have primarily been drafted for legal transactions between companies. If, in exceptional cases, they are used as a basis for legal transactions with consumers, as defined in § 1, paragraph 1, item 2 of the Consumer Protection Act, Federal Law Gazette No. 49/1979, they shall only apply to the extent that they do not conflict with the provisions of the first main section of the aforementioned law. It is mutually agreed that the UN Convention on Contracts for the International Sale of Goods (CISG) of 11 April 1980, Federal Law Gazette No. 1988/96, is expressly excluded.

a) postpone compliance with Seller's own obligations until Buyer has paid the arrears in payment or provided any other performance,

b) use a reasonable extension of the period of delivery,

c) call for the payment of the full remaining purchase price,

d) charge interest on arrears, as of the due date, in the amount of 7.5% above the respective base rate of the European Central Bank, unless Buyer can claim a reason for relief under Article 14 (see Directive 2000/35/EC of 29 June 2000 on combating late payment in commercial transactions), or announce the withdrawal from the contract, granting a reasonable respite.

9.4 In all events, Buyer shall refund to Seller the dunning charges and collection costs which constitute a further damage caused by the delayed performance.

9.5 If Buyer has not made the payment due or provided any other performance within the respite according to 9.3, Seller may withdraw from the contract by means of a written notice. Buyer shall return to Seller, upon Seller's request, any delivered goods and compensate Seller for any reduction in the value of the goods that has occurred, as well as refund to Seller all justified expenses that Seller had to incur in connection with the performance of the contract. Regarding undelivered goods, Seller is entitled to make available to Buyer the completed parts, or the parts with incipient processing respectively, and ask for a prorated part of the sales price.

9.6 The contracting parties agree mutually that the rights and obligations covered by the contract shall not be affected by the introduction of the euro. Payment obligations, especially the established values of the money shall be deemed to have been agreed in euro as soon as the euro has become the only acceptable means of payment. In all events, any conversion will be made on the basis of the officially established exchange rates. It is mutually agreed that the conversion to the euro neither creates a right to terminate, to withdraw from or to contest the contract, nor a claim for damages or modification of the contract.

10. Reservation of Ownership

10.1 Seller shall reserve the ownership in the object sold until Buyer has met all financial obligations. Seller is entitled to document Seller's ownership on the outside of the delivery item. Buyer shall comply with the required formal regulations to safeguard the reservation of ownership. In case of an attachment or any other recourse, Buyer shall be obliged to claim Seller's ownership and to inform the latter without delay.

11. Warranty

11.1 Subject to the below provisions, Seller shall undertake to remedy any defect affecting the fitness for use which is due to a deficiency in design, material or workmanship. Seller shall also be responsible for any defects concerning expressly requested properties.

11.2 The above obligation shall only apply to such defects that appear within a period of one year, when working a one-shift operation, as of the passage of risk, or as of the completed assembly, in case of a delivery with assembly respectively.

11.3 Buyer may claim the present article only if he informs Seller in writing and without delay of any defects that have appeared. The arrangements on presumption according to § 924 of the Austrian General Civil Law Code are excluded. Once Seller has been informed of defects in this way, Seller shall - if the defects must be remedied according to the provisions of the present article - at Seller's choice:

a) rework the defective goods on site;

b) have the defective goods or the defective parts shipped back for reworking;

c) replace the defective parts;

d) replace the defective goods.

11.4 If Seller arranges for the defective goods or parts to be returned to Seller for the purpose of reworking or replacement, Buyer shall bear the costs and the risk of the transport, unless otherwise agreed. The re-shipment of the reworked or replaced goods or parts to Buyer shall be at Seller's costs and risk, unless otherwise agreed.

11.5 The defective goods or parts, which are replaced according to the present article, shall be at Seller's disposal.

11.6 Seller shall only refund any costs for remedying a defect, undertaken by Buyer himself, if Seller has agreed to this procedure in writing.

11.7 Seller's warranty obligation shall only apply to defects that appear when observing the applicable operating conditions and putting the item to normal use. His obligation shall, in particular, not apply to defects that are due to inadequate installation on the part of Buyer or Buyer's representative, inadequate maintenance, inadequate repairs or modifications undertaken by other persons than Seller or Seller's representative without the written agreement of Seller, normal wear.

11.8 Seller shall be liable for those parts of the goods that Seller obtained from subcontractors prescribed by Buyer only to the extent of Seller's own warranty claims vis-à-vis the sub-contractor. If Seller produces items on the basis of Buyer's design data, drawings or models, Seller's liability shall not extend to the accuracy of the design but as to whether the workmanship complies with Buyer's instructions. In such cases, Buyer shall keep Seller harmless and free from any court action, in the event of an infringement of proprietary rights. When accepting repair jobs or reworking or modifying old as well as third-party goods, or when delivering second-hand goods, Seller shall not accept any warranty.

11.9 As of the beginning of the warranty period, Seller shall not accept any liability that extends beyond the scope defined in the present article.

12. Liability

12.1 It is expressly agreed that Seller shall not be liable to Buyer for damages in the event of personal injuries, or for damage to goods that are not the subject of the specific contract, as well as for other damage and loss of profit, unless the circumstances of a specific case reveal that Seller acted with gross negligence. The reversal of the burden of proof according to § 1298 of the Austrian General Civil Law Code is excluded.

12.2 The purchased object provides only that level of safety that may be expected on the basis of the registration provisions, the operating instructions, Seller's rules on the handling of the purchased object - especially with regard to any possible inspections - and other instructions given.

12.3 For cases of Seller's minor negligence, the damages are limited to 5% of the order amount, or EUR 727,000 as a maximum, unless Article 12.1 applies.

12.4 All claims for damages due to defects in deliveries and/or performances must be filed in court within one year after the expiry of the contractually agreed warranty period if Seller does not expressly accept the defect; otherwise all claims become extinct.

13. Consequential Damage

13.1 Subject to any provisions of a different effect in the present Terms, Seller's liability vis-à-vis Buyer shall be precluded for any standstill in production, loss of profit, loss of use, loss of contract or any other economic or indirect consequential damage.

14. Reasons for Relief

14.1 The parties shall be released in part or in toto from the timely performance of the contract if they are prevented by events of force majeure. Events of force majeure shall solely be such events that the parties are unable to foresee and avoid and that are beyond their domain. However, strike and industrial dispute shall be considered to be events of force majeure. A Buyer affected by an event of force majeure may, however, only claim the existence of force majeure if Buyer informs Seller without delay, at the latest, though, within 5 calendar days, about the onset and anticipated end of an obstruction, by sending by registered mail a statement, confirmed by the respective government authority or chamber of commerce of the delivery country respectively, on the reason, the anticipated effects and the duration of the delay. In the event of force majeure, the parties shall make every effort to remove, or to mitigate respectively, the difficulties and the anticipated damage, as well as to keep the respectively other party continuously informed thereof; otherwise they shall be liable to pay damages to the respectively other party. Deadlines or dates that cannot be observed on account of events of force majeure shall be extended by the duration of such events of force majeure, as a maximum, or, if applicable, by a period to be determined by mutual consent. If a circumstance of force majeure prevails by more than four weeks,

Allgemeine Lieferbedingungen des Fachverbandes der Maschinen- und Stahlbauindustrie Österreichs vom 1. Jänner 2002

Diese Allgemeinen Lieferbedingungen sind grundsätzlich für Rechtsgeschäfte zwischen Unternehmen konzipiert. Sollten sie ausnahmsweise auch Rechtsgeschäften mit Verbrauchern im Sinne § 1 Abs. 1 Zif. 2 des Konsumentenschutzgesetzes, BGBl. 49. Stück/1979 zugrunde gelegt werden, gelten sie nur insoweit, als sie nicht den Bestimmungen des ersten Hauptstückes dieses Gesetzes widersprechen.

Das Übereinkommen der Vereinten Nationen über Verträge über den internationalen Warenkauf vom 11. 4. 1980, BGBl. 1988/96, wird ausdrücklich ausgeschlossen.

General Terms of Delivery

of the Austrian Association for the Machine-Building and Steel Construction Industry of 01 January 2002

The present General Terms of Delivery have primarily been drafted for legal transactions between companies. If, in exceptional cases, they are used as a basis for legal transactions with consumers, as defined in § 1, paragraph 1, item 2 of the Consumer Protection Act, Federal Law Gazette No. 49/1979, they shall only apply to the extent that they do not conflict with the provisions of the first main section of the aforementioned law. It is mutually agreed that the UN Convention on Contracts for the International Sale of Goods (CISG) of 11 April 1980, Federal Law Gazette No. 1988/96, is expressly excluded.

Buyer and Seller shall seek a solution for handling the technicalities of its effects by means of negotiations. If no solution can be reached by mutual consent, Seller may withdraw from the contract in part or in toto.

15. Data Protection

15.1 Seller shall have the right to store, to communicate, to process and delete person-related data of Buyer in the framework of their business relations.

15.2 The parties shall undertake to keep absolutely confidential vis-à-vis third parties any knowledge obtained in the course of their business relationship.

16. Place of Jurisdiction, Applicable Law, Place of Performance, Language

16.1 The place of jurisdiction for all disputes arising directly or indirectly from a contract shall be the relevant Austrian court with competences for Seller's principal place of business. Seller may, however, also resort to the court with jurisdiction for Buyer.

16.2 The parties may agree that an arbitral tribunal has jurisdiction.

16.3 Contracts shall be subject to Austrian law to the exclusion of the UN Convention on Contracts for the International Sale of Goods (CISG) of 11 April 1980, Federal Law Gazette No. 1988/96.

16.4 Seller's principal place of business shall be the place of performance for deliveries and payments, also in the event that the transfer is agreed to be in a different place.

16.5 In the event of disputes arising from the present certified translation of the contract, the German text shall prevail.